

«Wir brauchen eine Sünderliste»

Neue Allianzen und neue Sünderlisten: Gerold Bühler, Präsident von Economiesuisse, sagt, wie die Schweiz aus der Defensive finden kann.

Mit Gerold Bühler sprach Marc Badertscher

Herr Bühler, wie kann die Schweiz ihr ramponiertes Image verbessern?

Es ist nicht ramponiert. Aber die Schweiz wird ihre Hausaufgaben machen. Wir werden nun die Vorgaben der OECD in Steuerfragen umsetzen. Dabei müssen wir unsere Interessen wahren.

Also gehorchen, heisst das im Klartext.

Nein. Wir sollten auch unsere gute Finanzmarktpolitik gegenüber dem Ausland besser verkaufen. Wir müssen unsere Netzwerke besser pflegen und stärker nutzen gegenüber den grossen Wirtschaftsmächten, den internationalen Organisationen und gegenüber unseren Nachbarn.

Die Botschaft von Economiesuisse lautet zurzeit: selbstbewusst auftreten und Stärke zeigen. Das sind doch nur schöne Worte.

Im Fall UBS und beim Bankgeheimnis musste die Schweiz nachgeben. Das ist bedauerlich. Es wäre falsch gewesen, das aussitzen zu wollen.

Und wo hat die Schweiz Spielraum?

Bei den Verhandlungen über die Doppelbesteuerungsabkommen. Hier müssen wir jetzt geschlossen unsere Interessen vertreten. Alles, was in Richtung des automatischen Informationsaustausches oder «fishing expedition» geht, bleibt inakzeptabel.

Wie kann die Schweiz Druck aufsetzen?

Zurzeit ist die Weltwirtschaft stark von Machtpolitik geprägt. Unsere wichtigste Waffe ist deshalb das proaktive Informieren. Wir müssen zeigen, was wir schon alles gemacht haben, auch bei der Geldwäscherei. Hier liegen wir auf einem Spitzenplatz, vor den USA.

Informieren klingt nicht ausgeprägt nach Offensive. Hat die Schweiz denn gar nichts in der Hand?

Schauen Sie die abschottenden Massnahmen von einigen Ländern an. Protektionismus ist Gift für das Wirtschaftswachstum. Wir brauchen eine Sünderliste. Im Rahmen

der Welthandelsorganisation sollten wir eine solche Liste erstellen, wie das unsere Wirtschaftsministerin angeregt hat.

Und was hilft das?

Wenn diese Tendenz zum Protektionismus ins Scheinwerferlicht gerückt wird, ist das für einige Länder sehr unangenehm.

Was die Schweiz da sagt, dürfte den Grossen ziemlich egal sein.

Deshalb müssen wir eine Allianz hin-

Kein Schnellschuss

Zürich. - Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse ist gegen konjunkturpolitische Schnellschüsse. Er forderte vom Bund eine langfristig orientierte Wirtschafts- und Wachstumspolitik. Mit Blick auf die weltweit rekordhohen Konjunktur- und Rettungspakete sagte Economiesuisse-Präsident Gerold Bühler an der Jahreskonferenz, Aktionismus löse die Probleme nicht nachhaltig: Die Massnahmen müssten zeitgerecht wirken, zielorientiert eingesetzt werden und zeitlich befristet sein. (AP)

kriegen mit mehreren Ländern. Dann erhält die Sache Gewicht. Und Interesse daran haben nicht nur wir. Auch andere Nationen leiden unter protektionistischen Massnahmen und der Machtpolitik einiger Staaten.

Kommt die Sache voran?

Wir werden das nochmals mit dem Bundesrat besprechen. Wir müssen unbedingt mehr Druck erzeugen.

Protektionistenliste und einige Schweizer Verdienste bei der Geldwäscherei: Was ist, wenn die ändern nicht sofort anbeissen?

Wir dürfen uns bei den Verhandlungen um die Doppelbesteuerungsabkommen nicht in einen zeitlichen Schraubstock zwingen lassen.

Und was ist, wenn Politiker wie Steinbrück die Schweiz wegen Zeitspiels anprangern? Einen neuerlichen Imageschaden kann sich der Finanzplatz nicht mehr leisten.

Man muss unterscheiden zwischen dem Image bei Regierungsvertretern und dem Image in der Geschäftswelt. Zuletzt habe ich gerade aus Deutschland viele positive Rückmeldungen erhalten.

Wo hat unsere Landesregierung versagt?

Man hat in den letzten Jahren die Aussenfront für unseren Wirtschafts- und Finanzplatz zu wenig gepflegt. Man kann Netzwerke nicht erst in Krisen pflegen.

In der Krise sah man auch von Economiesuisse nicht sehr viel.

Ich versuche auf Verbandsebene die Arbeit zu unterstützen. Ich treffe etwa den österreichischen und den deutschen Kollegen. Wir stehen alle in der Pflicht, uns für nationale Interessen zu engagieren.

Etwa auch Bundesrat Merz mit seinem Anliegen, dem Währungsfonds Milliarden von Franken an Kredit zur Verfügung zu stellen?

Ja. Wir haben derzeit Einsitz im Währungsfonds, und wir müssen dieses Forum nutzen. Der Kredit ist eine grosse politische Hilfe. Und das Geld ist nicht verloren.



BILD MARCO TONINO/EPA/KEYSTONE

«Raus mit dem Asbest!», forderten die Demonstranten vor dem Justizpalast.

«Schmidheiny soll vor ein internationales Gericht»

In Turin begannen gestern die Anhörungen zur Asbestanklage gegen Stephan Schmidheiny. Vor dem Gericht demonstrierten Asbestopfer aus ganz Europa – darunter auch aus der Schweiz.

Von René Lenzin, Turin

Romana Blasotti ist früh aufgestanden. Um sieben Uhr bestieg sie einen der neun Busse, die von Casale Monferrato nach Turin führen. Das Ziel der 80-Jährigen und ihrer Mitreisenden war der Turiner Justizpalast, wo über die Anklage gegen den Schweizer Industriellen Stephan Schmidheiny entschieden wird. Er soll es unterlassen haben, die Angestellten der italieni-

schen Eternitwerke vor dem schädlichen Asbest zu schützen. Im Namen von fast 3000 Personen – Asbestopfern und Angehörigen – will der Turiner Staatsanwalt Raffaele Guariniello Anklage gegen Schmidheiny und den Belgier Jan Louis Marie Ghislain De Cartier erheben. Unterlassung von Sicherheitsmassnahmen am Arbeitsplatz und vorsätzliche Verursachung eines schweren Unfalls lauten die Vorwürfe gegen «lo svizzero e il belga», die früheren Besitzer der einstigen italienischen Eternit-Fabriken. Die Klage lautet also nicht auf fahrlässige Tötung, wie der TA am Samstag irrtümlicherweise berichtet hatte.

Blasotti präsidiert die Vereinigung der Angehörigen von Asbestopfern in Casale Monferrato, jenem Ort im Piemont, wo das Werk der italienischen Eternit S.p.A. 1986 seine Tore schloss. Vier Jahre vorher war ihr Mann an einem durch Asbest ausgelösten Tumor gestorben. Mit derselben Diagnose verlor sie ihre Schwester, die Tochter, einen Neffen, eine Cousine.

Zusammen mit Hunderten von Angehörigen von Asbestopfern ist Blasotti nach Turin gekommen, um zu demonstrieren. «Taten statt Worte – es braucht ein Register der betroffenen Personen und der verseuchten Gebäude», verlangte ein Gewerkschafter. «Das Piemont soll die erste asbestfreie Region Europas werden», forderte ein lokaler Politiker. Applaus erhielten sie auch von Menschen aus anderen Ländern, vor allem aus Frankreich, aber auch von vier Vorstandsmitgliedern des Westschweizer Hilfs- und Beratungsvereins Caova. «In der Schweiz warten wir seit langem auf diesen Prozess», rief dessen Sprecherin Pierette Iselin ins Mikrofon. Rund 200 Mitglieder zählte der Verein, erzählte sie später. Der Kassier habe leider nicht nach Turin mitreisen können. Er sei am Samstag 66-jährig gestorben – an einem durch Asbest verursachten Tumor.

Vor Iselin hatte die Französin Annie Thébaud-Mony gesprochen. Sie präsidiert Ban Asbestos, ein weltweites Netz von Organisationen, die sich dem Kampf gegen Asbest verschrieben haben. Vom Turiner Verfahren erhofft sie sich eine Signalwirkung, vor allem auf jene Länder, in denen Asbest noch verwendet werde. Erreichen will sie, dass es weltweit verboten wird. Und dass sich Stephan Schmidheiny vor einem internationalen Arbeitsgericht verantworten muss. «Turin», sagt sie, «soll dazu zum Musterprozess werden.»

«Amianto» – italienisch für Asbest – löst in Casale Monferrato noch heute Wut und Trauer aus. Rund 50 Einwohner sterben im Schnitt pro Jahr an den Folgen des Asbests. Bei Romana Blasotti dominiert vorläufig die Wut. «Erst wenn der Prozess vorbei sein wird, werde ich weinen können», sagte sie vor ihrer Reise nach Turin dem Reporter des «Corriere della Sera».

Liste der Streitthemen wird länger

Der deutsch-schweizerische Handel bricht ein. Schuld ist die abstürzende Konjunktur, nicht der politische Hader.

Von Robert Mayer

Die «politischen Holzigkeiten» in der jüngeren Vergangenheit zwischen der Schweiz und Deutschland «kommen zur absoluten Unzeit», so Eric G. Sarasin, Präsident der Handelskammer dieser beiden Länder. Derzeit bricht nämlich der gegenseitige Handel regelrecht ein. In den ersten zwei Monaten dieses Jahres verringerten sich die hiesigen Ausfuhren nach Deutschland um je gut 19 Prozent, nachdem die Handelsströme im Gesamtjahr 2008 noch einen – wenn auch recht bescheidenen – Zuwachs erzielt hatten (siehe Grafik). Angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise mag Sarasin für 2009 insgesamt ein Minus im Handelsverkehr der beiden Länder von mehr als 10 Prozent nicht ausschliessen, wie er auf der Jahresmedienkonferenz der Handelskammer sagte.

Die über Jahrzehnte gewachsene Vertrauensbasis zwischen den Geschäftspartnern einerseits und die enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen Deutschland und der Schweiz andererseits werden nach Ansicht von Sarasin Gewähr dafür bieten, dass die Reibereien auf dem politischen Parkett kurzfristig den Wirtschaftsverkehr nicht zusätzlich belasten. Doch für den Fall einer fortwährenden politischen Polemik, so warnte der Handelskammer-Präsident, bestehe längerfristig durchaus ein entsprechendes Risiko.

Über den aktuellen Steuerstreit hinaus gibt es ja noch eine Reihe zusätzlicher zwischenstaatlicher Kontroversen, wie die Anflugregelung beim Flughafen Zürich, die Zulassung von hiesigen Finanzdienstleistern in Deutschland und die anhaltenden Umsetzungsprobleme mit dem schweizerischen Gesetz, das

Schweizer Aussenhandel

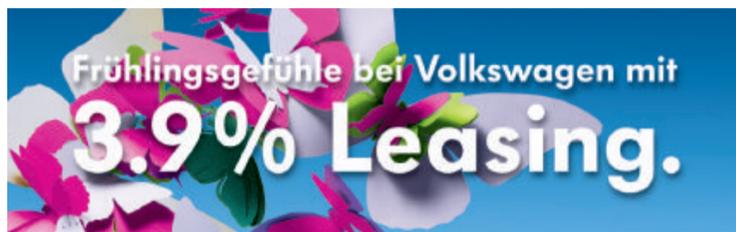


die Entsendung ausländischer Unternehmen und Arbeitnehmer in die Schweiz regelt. Um zu vermeiden, dass darunter die gesamte Atmosphäre leidet, appellierte Sarasin an die Politiker, diese Streitpunkte «endlich und schneller einer Lösung zuzuführen».

Weitere Erschwernisse zeichnen sich bereits ab. Da ist etwa die am 1. April im Kanton Baselland in Kraft getretene Pflicht zur Hinterlegung einer Kaution für das Ausbaugewerbe, die erhebliche Mehrkosten beschert und daher insbesondere kleinere deutsche Anbieter vom Markt fernhalten dürfte. Umgekehrt kommt auf hiesige Firmen neuer bürokratischer Aufwand zu, wenn in Deutschland auf Anfang 2010 – in Umsetzung einer EU-Richtlinie – umfassende Neuregelungen bei der Mehrwertsteuer wirksam werden.

REKLAME

LA675-T



Bei Volkswagen profitieren Sie jetzt von 3.9% Leasing und attraktiven Fahrzeugpreisen auf ausgewählte Personenvagen*. Für Schmetterlinge im Bauch sorgt eine Probefahrt bei Ihrem Volkswagen Partner.



*Berechnungsbeispiel: Touran 1.4i TSI Trendline, 140 PS (103 kW); effektiver Jahreszins 3.97% (Laufzeit 24–48 Monate), Laufzeit 48 Mts. (10'000 km/Jahr), Barkaufpreis: Fr. 39'900.–, obligatorische Sonderzahlung 10%: Fr. 3'990.–, Leasingrate Fr. 460.55/Mt. Exkl. obligatorischer Vollkaskoversicherung. Alle Preise inkl. MwSt. Die Kreditvergabe ist unzulässig, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Änderungen vorbehalten. Die Aktion läuft bis 30.06.2009 oder solange Vorrat.

Krach wegen Laxey: Implenia-Chef geht nach zwei Monaten schon wieder

Werner Karlen suchte gegenüber Implenia-Grossaktionärin Laxey einen offeneren Kurs.

Von Andreas Flütsch

Eigentlich hätte der Abgang des Wallisers, der am 2. Februar die Konzernleitung von Implenia übernommen hatte, erst nach der

Generalversammlung bekannt werden sollen. Doch dazu wollte Karlen, der vorher sieben Jahre lang erfolgreich den Maschinenkonzern Phoenix-Mecano geführt hatte, dem Vernehmen nach nicht mitmachen. Man einigte sich auf Trennung («im Einvernehmen»), Karlen nahm gestern den Hut per sofort.

Auslöser des abrupten Abgangs war, wie der «Tages-Anzeiger» aus guter Quelle weiss, dass der frischgebackene

Chef des grössten Schweizer Baukonzerns und dessen Präsident, Anton Affentranger, sich über den Kurs gegenüber Laxey Partnern immer weniger einig waren.

Zunehmend frostiges Klima

Der britische Hedge-Fund hat jüngst die Beteiligung an Implenia auf 50 Prozent erhöht. Implenia weigert sich jedoch, mehr als 4,9 Prozent der Aktien einzutragen –

mit dem Verweis auf ein Strafverfahren gegen Laxey wegen möglicher Verletzung börslicher Meldepflichten.

Karlen wollte Affentrangers kompromisslosen Abwehrkurs gegen Laxey in dieser Form nicht mittragen, drängte auf eine offener, flexiblere Linie. Das reichte schon, um die beiden zu entfremden. In dem zunehmend frostigen Klima zog Karlen es vor, zu gehen. Weder Affentranger noch Karlen wollen darüber reden.